



Deutscher
Gewerkschaftsbund
Baden-Württemberg

DGB



Gute Arbeit.

Starke Wirtschaft.

Soziale Sicherheit.

Gewerkschaftliche Forderungen
zur Landtagswahl 2026 BW

Inhalt

I. Investitionsoffensive starten	6
II. Die Tarifbindung stärken und gute Arbeit für alle ermöglichen	7
III. Eine verlässliche Daseinsvorsorge – in der Stadt und auf dem Land	9

Für ein gerechtes Baden-Württemberg

Gute Arbeit, eine starke Wirtschaft, soziale Sicherheit -gewerkschaftliche Forderungen zur Landtagswahl-

Die Landtagswahl am 8. März 2026 ist eine Richtungsentscheidung. Für uns alle steht viel auf dem Spiel. Wir stehen für mehr Gerechtigkeit in Baden-Württemberg.

Wir wollen, dass Baden-Württemberg wirtschaftlich stark bleibt, mit guten und sicheren Arbeitsplätzen. Die Grundlage hierfür muss die kommende Landesregierung schaffen. Eine gerechte Politik stärkt den sozialen Zusammenhalt. So stärken wir auch unsere Demokratie gegen die zerstörerischen Angriffe von Rechts außen.

Was Baden-Württemberg jetzt braucht:

- ***Eine Investitionsoffensive für mehr Klimaschutz und eine starke Wirtschaft***
- ***Mehr Tariftreue, damit gute Arbeit Standard wird***
- ***Eine verlässliche Daseinsvorsorge für alle***

The LÄND



**STÄRKER
MIT UNS.**

**GUTE ARBEIT.
STARKE WIRTSCHAFT.
SOZIALE SICHERHEIT.**

**WÄHLT
GERECHTIGKEIT**

I. Investitionsoffensive starten

Ohne massive Investitionen in Infrastruktur, in die Erneuerbaren Energien, in Zukunftstechnologien verliert Baden-Württemberg an Wettbewerbsfähigkeit.

Baden-Württemberg soll ein starkes Industrieland bleiben, mit hochwertigen Arbeitsplätzen in der Industrie und im Dienstleistungssektor. Wir fordern:

- **einen milliardenschweren Baden-Württemberg-Fond** für Investitionen in Infrastruktur, Klimaschutz, Wohnen, Gesundheit und Bildung.
- **eine Reform der Schuldenbremse in der Landesverfassung.** Sie wird in ihrer bisherigen Form abgeschafft. Die Finanzierung des Staates muss so ausgestaltet werden, dass öffentliche Zukunftsinvestitionen dauerhaft ermöglicht werden.
- **eine aktive Industrie- und Wirtschaftspolitik**, die Betriebe dabei unterstützt, in neue Technologien zu investieren sowie Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen. Ansiedlungen und Betriebsgründungen müssen umfassend gefördert werden. Hierbei gilt: Geld gegen gute Arbeit. Fördermittel erhalten nur Betriebe, die Tarifverträge anwenden. Die Landesregierung steht im engen Dialog mit uns Gewerkschaften. Die Dialogformate für Schlüsselbranchen wie Automobil, Maschinenbau und Gesundheitswirtschaft beziehen auch die Betriebsräte und Gewerkschaften mit ein.
- **mehr Anstrengungen gegen die Klimakrise.** Hierfür müssen Wind- und Solarenergie stärker als bisher ausgebaut werden, ebenso die Stromnetze und -speicher. Der Aufbau einer sektorübergreifenden Wasserstoffwirtschaft muss vorangetrieben werden. Alle diese Maßnahmen müssen zügig und unbürokratisch umgesetzt werden.

II. Die Tarifbindung stärken und gute Arbeit für alle ermöglichen

Schluss mit prekärer Beschäftigung und Lohndumping: Baden-Württemberg braucht branchenübergreifend gute Arbeitsbedingungen. Tarifverträge und Mitbestimmung müssen Standard werden. Beschäftigte, die sich um Angehörige kümmern, dürfen nicht diskriminiert werden. Wir fordern:

- **gleiche Chancen für alle Menschen auf ein eigenständiges Leben:**

Das Land setzt sich dafür ein, dass die zu Lasten der Frauen bestehende Entgeltlücke geschlossen wird. Die Betreuungsinfrastruktur für Kinder wird so ausgebaut, dass beide Elternteile in dem von ihnen gewünschten Umfang erwerbstätig sein können.

- **ein echtes Tariftreuegesetz:** Öffentliche Aufträge gibt es nur für tarifgebundene Unternehmen. Das gilt für Vergaben des Landes und der Kommunen.

- **den Schutz der kritischen Infrastruktur:** Bei sensiblen Gütern wie Feuerwehrfahrzeugen oder Softwarelösungen ist eine regionale, tarifgebundene Beschaffung aus Sicherheitsgründen besonders wichtig.

- **eine handlungsfähige Gewerbeaufsicht:** Nur mit einem deutlichen Personalaufbau kann flächendeckend ein wirksamer Arbeits- und Gesundheitsschutz realisiert werden.

- **bessere Aus- und Weiterbildungschancen:** Das Land gründet einen Ausbildungsunterstützungsfonds nach Bremer Vorbild. D.h., alle Betriebe finanzieren die branchenspezifische duale Ausbildung mit. Die beruflichen Schulen und vorhandene Ausbildungszentren werden zu regionalen Zentren für Weiterbildung und Qualifizierung ausgebaut.

digital. klimaneutral. sozialgerecht.

**Investieren
statt Zeit verlieren!**

III. Eine verlässliche Daseinsvorsorge – in der Stadt und auf dem Land

Gute Lebensbedingungen für alle Menschen in Baden-Württemberg sind nur mit einer lückenlosen öffentlichen Daseinsvorsorge möglich. Grundbedürfnisse wie Wohnen, Gesundheitsvorsorge und Pflege müssen bezahlbar bleiben. Heute ist dies für immer größer werdende Teil der Bevölkerung nicht mehr gegeben. Wir fordern:

- **hohe Priorität für die Bildungspolitik:** den Ausbau von Kitaplätzen sowie eine verlässliche Betreuungsqualität, Sanierung und Modernisierung von allgemeinbildenden und beruflichen Schulen, die Umsetzung des verlässlichen Ganztagsanspruchs, mehr Planstellen für Lehrkräfte und eine faire Bezahlung. Wir stehen für die kostenfreie Kita.
- **ausreichend bezahlbaren Wohnraum:** Das Land muss jährlich mindestens 15.000 neue Sozialwohnungen schaffen. Die Wohnraumförderung muss ausgeweitet und sozial gerecht gestaltet werden. Der Bodenfonds muss zu einem leistungsfähigen Instrument für den gemeinnützigen Wohnungsbau weiterentwickelt werden.
- **eine gute Gesundheitsversorgung vor Ort:** Die Landesregierung ermöglicht die Gründung gemeinnütziger medizinischer Versorgungszentren (MVZs) in kommunaler Trägerschaft. Statt blinder Klinikschließungen braucht es tragfähige Alternativangebot zur Gesundheitsversorgung.
- **die Krankenhäuser zu modernisieren:** Die Krankenhausinvestitionen des Landes werden um 300 auf 800 Millionen Euro jährlich erhöht.

- **Stärkung für Bus, Bahn und Rad:** Die Investitionen in den ÖPNV sowie Rad- und Fußwege müssen massiv erhöht werden. Der gesamte Verkehrssektor muss eine Branche der guten Arbeit werden. Vergaben finden nur an tarifgebundene Betriebe statt. Die Infrastruktur für emissionsfreie Mobilität muss weiter ausgebaut werden.
- **Kommunen stärken:** Wir brauchen eine gerechte Verteilung der Steuereinnahmen auf Bund, Länder und Kommunen. Städte und Gemeinden stehen massiv unter Druck und haben angekündigt, Leistungen für Bürgerinnen und Bürger einzuschränken und Arbeitsbedingungen für Beschäftigte im öffentlichen Dienst zu verschlechtern. Die Kommunen müssen ausreichend finanziert werden.

Wir engagieren uns für eine starke Demokratie

Für uns gehören eine starke Demokratie und soziale Gerechtigkeit zusammen. Unsere Werte sind mit einem rechtsextremen Weltbild unvereinbar. Deshalb treten wir Rechtsextremismus entschieden entgegen: in der Politik, im Betrieb und auf der Straße und in der Wahlkabine.

Am 8. März 2026 gilt: Wählen gehen und demokratisch wählen!

Nur ein *gerechtes* Land ist ein starkes LÄND

bw.dgb.de

V.i.S.d.P.: DGB Baden-Württemberg,
Kai Burmeister, Vorsitzender;
Willi-Bleicher-Str. 20 70174 Stuttgart

